

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 3. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 11. Mai 2020
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:25 Uhr
Ort: Markthalle Burgdorf AG, Sägegasse 19, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 18 und 19 vom 30. April 2020 und 7. Mai 2020 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Peter von Arb
Stimmzähler	Franziska Maurer Roschi, Werner Weber
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard, Georg Burkhard, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Christian Aebersold, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Simon Niffenegger, Karin Fankhauser, Esther Liechti, Urs Wüthrich
Entschuldigt	Franziska Cottier
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht, Christoph Grimm
Entschuldigt	-

Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftsperson	Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 3. Februar 2020	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	5
- Ersatzbeschaffung Kehrriemwagen	5
- Erweiterung Pavillon Neuhofweg 8 für Kindergarten; Weitere Schritte Schulraumplanung	11
- Auftrag EVP und Grüne betreffend überregionales Holzheizkraftwerk	19
- Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket"	19
- Überparteilicher Auftrag BDP und GLP betreffend "Stopp dem automatischen Lohnanstieg!"	20
- Motion FDP/GLP/SVP-Fraktion betreffend "Einführung einer Finanzkommission"	20
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Finanzkennzahlen im Budgetierungsprozess der Stadt Burgdorf	20
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend Sprach- und Kulturaustausch während der Volksschulzeit (5.-9. Klasse) in Burgdorf	20
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	20

Appell

Der durch die Stimmzählerin Maurer Roschi Franca durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass die Mitglieder des SR letzte Woche eine Information erhalten haben, dass die heutige Traktandenliste gekürzt werden muss. Das Stadtratsbüro hat das Vorgehen besprochen. Damit die heutige Sitzung durchgeführt werden konnte, musste die Stadt Burgdorf beim Regierungsrat ein Gesuch stellen. Am 1. Mai 2020 ist die Verfügung des Regierungsrates eingetroffen. Die Stadtratssitzungen vom 11. Mai 2020 und 22. Juni 2020 wurden gutgeheissen, allerdings gab es bei der Verfügung auch Auflagen. Eine Auflage besagt, dass die Stadtratssitzungen auf die Behandlung von dringlichen und unaufschiebbaren Geschäften zu beschränken sind. In Kenntnis der Verfügung und der Auflagen schlägt das Stadtratsbüro eine Kürzung der Traktandenliste vor. Die Traktanden 1 bis 5 und 12 sollen behandelt werden. Die Traktanden 6 bis 11 sollen gestrichen beziehungsweise auf eine nächste Sitzung verschoben werden.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 35 Ja und 2 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Streichung der Traktanden 6 bis 11.

SRB: 2020-328 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 3. Februar 2020

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 3. Februar 2020.

SRB: 2020-329 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter begrüsst die Anwesenden zur zweiten Sitzung im Jahr 2020 in der Markthalle. Die entsprechenden räumlichen Dimensionen entsprechen den vorgegebenen Schutzmassnahmen. Das Schutzkonzept liegt auf. Im weiteren wird auf das Infomail von Henzi Brigitte

betreffend dem Schutzkonzept hingewiesen. Auf den Tischen hat jedes Mitglied des SR ein Desinfektionsmittel erhalten, das man nach Hause mitnehmen kann. Das Desinfektionsmittel muss aber an der nächsten Sitzung wieder mitgebracht werden. Die Mitglieder des SR werden gebeten, bei ihren Voten eines der sechs aufgestellten Mikrofone in den Gängen zu benutzen. Das Mikrofon wird im Nachgang desinfiziert. Für die Stimmzähler wird es heute angesichts der grossen räumlichen Distanz eine Herausforderung.

Stadtratspräsident von Arb Peter dankt dem Gemeinderat (GR) und der Stadtverwaltung für die umsichtige Führung während der aktuellen Corona-Krise. Umgehend wurde die sogenannte Coronaforce eingesetzt. Man wurde online und über die Printmedien über die entsprechenden Massnahmen informiert. Man hat einen Zusammenschluss des Regionalen Führungsorgans mit den Gemeinden Heimiswil, Oberburg und Burgdorf organisiert. Ein Dank geht auch an alle Personen und Organisationen, welche stets eine gute Grundversorgung ermöglicht haben. Es ist wunderbar zu sehen, wie die Solidarität gespielt hat. Die gelebte Solidarität war spürbar. Als Dankeszeichen würdigt der SR die Arbeit der Personen und Organisationen mit einem grossen Applaus. Ein weiterer Dank geht an Henzi Brigitte, Stadtschreiber Schenk Roman und der Crew der Markthalle und Whitelight für die Organisation der heutigen Stadtratssitzung. Im Speziellen begrüsst der Vorsitzende als neues Stadratsmitglied Wüthrich Urs und wünscht ihm viel Freude im Amt. Im weiteren informiert der Vorsitzende, dass Stadtrat Burkhard George seine Demission per heute eingereicht hat und liest sein Demissionsschreiben vor: „Seit dem 1. Januar 2011, als Nachfolger von Buser Madeleine, durfte ich aktiv an der Stadtpolitik der Stadt Burgdorf als Stadtrat teilnehmen und so aktiv am Puls des Geschehens mitmachen. Da sich mein berufliches Umfeld in den letzten Monaten stark verändert hat, ist mein Rücktritt unumgänglich. Daher werde ich als SP-Mitglied an der etwas speziellen Covid-19 Stadtratssitzung vom 11. Mai 2020 zum letzten Mal teilnehmen. Die Fraktions- respektive Parteileitung ist entsprechend informiert und wird einen entsprechenden Ersatz demnächst bekannt geben. Ich freue mich auf meine künftigen Aufgaben, sei es beim Schulbetrieb und als Fachbereichsleiter der Metallbaubranche. Die Zukunft wird intensiv, aber ich bin gewohnt, anzupacken. Die neuen Aufgaben werden mir Türen öffnen und Horizonte erweitern. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die angenehmen neun Jahre, welche ich im Rat verbringen durfte und so das Beste für Burgdorf zu erwirken. Der SP-Fraktion danke ich für ihr Engagement und den Zusammenhalt, welchen wir in der Fraktion jeweils pflegten. Ich wünsche ihnen allen alles Gute und weiterhin eine gute Weitsicht, um optimale Lösungen für unsere Stadt im Emmental zu finden und umzusetzen. Herzlichen Dank für ihr Engagement George Burkhard.“ Stadtratspräsident von Arb Peter dankt ihm für sein Engagement und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Die Nachfolgerin ist Marti Debra. Sie wird an der Juni-Sitzung das erste Mal teilnehmen. Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe seit dem 3. Februar 2020. Am 1. März 2020 fand die Feier 100 Jahre Stadtrat statt. Ein Dankeschön an dieser Stelle an Henzi Brigitte für ihre riesige Arbeit im Voraus und während der Feier. Wer noch eine Jubiläums-Thermosflasche bestellen möchte, kann sich bei Henzi Brigitte melden. Ein Dank geht auch an Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara für die Vorbereitung und Moderation der Feier, an Stadträtin Bannwart Gabriela und Stadtrat Weber Werner für ihren unterhaltsamen Talk sowie an Stadtratspräsident Berger Stefan für seine Rede. Am 5. März 2020 hat Stadträtin Liechti-Lanz Esther am Anlass der Compogas Utzenstorf AG teilgenommen und den Vorsitzenden vertreten. Ein Dank geht auch an Stadträtin Fankhauser Karin, die ebenfalls an einigen Anlässen teilgenommen hätte, diese aber aus bekannten Gründen abgesagt werden mussten.

SRB: 2020-330 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Anstellung des neuen Digital Officer. Es sind 33 Bewerbungen eingegangen. Es sind einige gute Bewerbungen eingetroffen. Am Schluss hat man sich für eine Person entschieden, die der SR vermutlich kennt. Man ist überzeugt, dass die Person die Arbeit mit Erfolg leistet. Er war der geeignete Kandidat und bringt grosses Managementwissen und Erfahrung mit. Er ist nicht ein Digital Native, also nicht eine ganz junge Person. Es ist jemand aus unseren Reihen und zwar Stadtrat Rössler Andreas. Es ist vielleicht etwas überraschend. Das Wort wird an Stadtrat Rössler Andreas übergeben.

Stadtrat Rössler Andreas teilt mit, dass man eine Stelle als Digital Officer nicht oft findet und er hat gezielt danach gesucht. Es freut ihn riesig, sein Fachwissen und Know-how, das seit ein paar Jahren aufgebaut wurde, nun in und für Burgdorf einzubringen und operativ tätig sein zu können. Er kann nun seinen Beitrag zur digitalen Transformation unserer schönen Stadt Burgdorf leisten. Er wird die Stelle am 1. September 2020 antreten. Es werden grosse Herausforderungen auf ihn zukommen. Er ist sich dessen bewusst und wird es mit dem nötigen Respekt angehen. Die neue Funktion und Anstellung bei der Stadt Burgdorf ist aus seiner Sicht nicht vereinbar mit dem Amt im SR. Er wird deshalb seine Demission aus dem SR einreichen. Da man erst heute informiert, konnte es parteiintern noch nicht diskutiert werden. Seine Nachfolge ist noch offen. Auch noch unklar ist seine Position in der Kommission Gehaltsentwicklung. Stadtrat Rössler Andreas ist voll motiviert, nachdem er seinen Beitrag in der Legislative geleistet hat, nun auch operativ seinen Beitrag für Burgdorf leisten zu können.

SRB: 2020-331 | Registratur-Nr. 2.22.2200

Ersatzbeschaffung Kehrrechtswagen

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass seine Voten in den letzten dreieinhalb Jahren immer kurz und knapp waren. Heute darf der SR ein wenig länger zuhören, weil es nicht einfach um eine Ersatzbeschaffung geht. Es geht heute vielmehr darum, dass der SR Verantwortung übernimmt. An der Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2019 hat der SR beschlossen, dass der GR öffentlich den Klimanotstand Burgdorf auszurufen hat. Der SR hat verlangt, dass man öffentlich dazu stehen muss. Der SR hat das als Vertreterinnen und Vertreter für unsere Burgdorfer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, aber auch für unsere Nachfolgeneration gemacht. Aber eben auch in der Vertretung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Für das wurde der SR ja gewählt und auch das Vertrauen ausgesprochen. Und dafür wollen die Meisten auch im November wiedergewählt werden. Der SR hat damals mit diesem Beschluss faktisch, und eben im Namen all dener die vorhin aufgezählt wurden, dem GR auf den Weg gegeben, künftig Entscheidungen, Investitionen, Unterhaltsarbeiten oder eben

auch Ersatzbeschaffungen, diesem Beschluss zu unterstellen. Dies ohne Wenn und ohne Aber! Mit allen finanziellen Konsequenzen, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nun zu tragen haben. Diese Verantwortung hat der SR übernommen und sollte auch weiterhin übernommen werden. Der GR und die Verwaltung hatten sich, lange vor diesem erwähnten Klima-Auftrag, auf die Fahne geschrieben gehabt, seine Klimapolitik konstruktiv in Angriff zu nehmen. Unter dem Begriff oder besser gesagt unter dem Label "Klima Force Burgdorf" ist der GR diese Thematik aktiv angegangen. Der globalen Problematik, welche jetzt wirklich in allen politischen Farben erkannt wurde, wollten auch wir Rechnung tragen. Dies mit adäquaten, mass- und sinnvollen Umsetzungsmassnahmen. Der Burgdorfer Legislative aber ist das zu wenig weit oder auch zu wenig schnell gegangen. Anders wäre es ja nicht möglich, dass Burgdorf jetzt einen kommunalen Klimanotstand hat. Jetzt und in Zukunft, und das ist eben die logische Konsequenz, werden sämtliche Geschäfte, welche dem GR vorliegen oder vom SR beschlossen werden, geprüft. Sie werden geprüft, ob die Forderung dem Auftrag gerecht wird. Und dabei gibt es kein Wenn und Aber. Da gibt es nur einen Weg um allen begreifbar zu machen, was das schlussendlich auch bedeutet. Offene, klare Kommunikation und Hinweise auf mögliche Konsequenzen, welche wir dann tragen oder eben nicht zu tragen haben. Kurzfristig, logischerweise, vor allem eben in finanzieller Hinsicht. Heute Abend geht es jetzt, nicht wie in der Berner Zeitung BZ geschrieben wurde um eine Investition, sondern um die Ersatzbeschaffung von einem der drei "Ghüderwäge". Es geht um den Ersatz eines Fahrzeuges, welches 20 Jahre im Betrieb war, das schlichtweg jetzt das Ende seiner Lebensdauer erreicht hat. Wie man aus den Unterlagen entnehmen konnte, ist dieses ältere Fahrzeug hauptsächlich für den angelieferten Siedlungsabfall eingesetzt worden. Von Seiten der GLP-Fraktion wurde die Frage aufgeworfen, ob es tatsächlich drei Fahrzeuge in Burgdorf braucht. Das ist eine gute Frage. Die Begründung dazu wurde eigentlich bereits einleitend im Stadtratsantrag in Kurzform formuliert. Es werden tatsächlich zwei Fahrzeuge gebraucht, um die täglichen Entsorgungsrouten zu gewährleisten. Das dritte Fahrzeug wird aber gebraucht, um in der Hauptsammelstelle Abfall- und Sperrgut aufzunehmen. So kann sichergestellt werden, dass dieser "Ghüderwäge" anschliessend direkt das Entsorgungsgut zur Umladestation im Lyssachsachen transportieren kann. Dies kann so ohne zusätzlichen Umladeaufwand und damit verbundenen personellen Ressourcen erledigt werden. Wir sparen also Kosten. Das ist ein Grund. Ein weiterer Grund ist, dass wir dieses dritte Fahrzeug benötigen, um die Redundanz 100% sicher zu stellen. Es sind natürlich auch Unterhaltsarbeiten, Revisionsarbeiten der technischen Aufbauten oder die periodische Prüfung wie MFK, Eichung, etc. an den anderen beiden Fahrzeugen notwendig. Für diese Fälle stehen die Fahrzeuge für den Betrieb für mehrere Wochen nicht zur Verfügung. Natürlich wurde auch die Variante Anmietung geprüft. Das macht aber betriebswirtschaftlich wenig Sinn. Die Kosten pro Tag belaufen sich auf Fr. 1'000.--. Dazu noch ein Beispiel. Einsatz eines Fahrzeuges pro Tag 7.5 Stunden von Montag bis Donnerstag und am Freitag 5 Stunden. Total macht das 35 Stunden pro Woche und das während 50 Wochen. Zwei Wochen sind für Servicearbeiten gerechnet. Das ergibt Total 1'750 Stunden. In weiser Voraussicht wurde in der MIP für das Jahr 2020 ein Betrag von Fr. 700'000.-- reserviert. Heute geht es nun darum, dem SR einen Kredit von Fr. 665'000.-- zu beantragen. Wie aus den Unterlagen zu entnehmen ist, im Sinne einer offenen Kommunikation, werden sämtliche vorhandene Systeme aufgezeigt. Also Hybrid, Vollelektro und eben auch Diesel. Das zuständige Ressort hat das entsprechend vorbereitet. Im Bericht ist man auf die Anforderungen an die Systeme eingegangen und auf das zu evaluierende Fahrzeug, auf die künftigen Einsätze und vor allem auch auf die Alltagstauglichkeit. Und schlussendlich hat man die verschiedenen Systeme miteinander verglichen. Dies alles natürlich um den SR transparent darüber in Kenntnis zu setzen, was welches Fahrzeug mitbringt. Es geht jetzt auch darum, dass der SR den Preis, für den eingangs erwähnten Beschluss vom letzten Dezember, bezahlen will. Es geht nun darum, ob man nun die Verantwortung konsequent übernehmen will. Will der SR diese Verantwortung aus klimapolitischer oder aus finanzpolitischer Sicht übernehmen. Es liegt auf der Hand, dass die Meinungen im Rat dazu möglicherweise auseinandergehen. Darüber muss nach dem Votum debattiert werden. Darauf ist man gespannt. Als

Vizepräsident des Verwaltungsrates der Localnet AG erlaubt sich Gemeinderat Rappa Francesco einen kleinen Hinweis mit dem Zaunpfahl. Dabei schaut er allen tief in die Augen und fragt sich, ob wirklich alle hier Anwesenden, vor allem die, welche sich vehement für das Klima einsetzen, bis dato auch sämtliche Möglichkeiten nutzen, was die persönliche Versorgung betrifft. Oder wird hier dann gespart. Das lässt man mal offen. Wie wurden die Systeme also verglichen? Die Fahrzeuge sind, nebst den üblichen Anforderungen an einen "Ghüderwagen für Burgdorf", logischerweise eben auch im Zusammenhang Klima Force und Kosten, gegenübergestellt worden. Natürlich nicht nur die Anschaffungskosten, sondern auch die Betriebs- und Unterhaltskosten, basierend auf dem heutigem Wissensstand der Technik und auch der politischen Auflagen respektive Vorteile wie zum Beispiel die Schwerverkehrsabgabe. Bei Klima Force, auch hier ausführlich in den Unterlagen ersichtlich, wurde der Vergleich zwischen Elektro und Diesel, dem Kohlenstoffdioxid, dem Stickstoffdioxid und Stickstoffmonoxide, dem Kohlenmonoxid, der Lärmmissionen, der Ladeinfrastruktur sowie die im Einsatz stehende Elektrofahrzeuge berücksichtigt. Bei den Kosten, auch diese sind im Detail aufgeführt, wurden die Anschaffungskosten der drei Typen sowie die Betriebs- und Unterhaltskosten verglichen. Wenn nun aus den Reihen der Fraktionen oder einzelner Stadtratsmitglieder hinterfragt wird, wieso der GR, respektive die Verwaltung im Auftrag des GR, nicht das Dieselfahrzeug, vor allem im Zusammenhang mit den Mehrkosten anderer Systeme, berücksichtigt hat, wird auf die Formulierung zu Beginn des Votums hingewiesen. Die Mehrheit des SR hat dem GR einen klaren Auftrag erteilt. Da haben Dieselfahrzeuge leider schlichtweg keinen Platz mehr. Und gleichwohl wollte man aufzeigen, was die klimapolitische Stossrichtung von Burgdorf für finanzielle Konsequenzen haben wird. Wir müssen auch weiterhin beschaffen. Auch in Zukunft müssen Fahrzeuge ersetzt werden. Bei der Evaluation zu dieser Beschaffung hat man natürlich auch das bereits vorhandene Hybrid-Fahrzeug mit einbezogen. Wird das E-Fahrzeug abgelehnt, wird wieder ein Hybridfahrzeug beschafft. Basierend wiederum auf dem vom SR mehrheitlich angenommenen Auftrag der Grünen, EVP, GLP und SP betreffend Klimanotstand. Damit ist auch die Forderung bezüglich Co₂ Neutralität bis 2030 manifestiert worden. Mit dieser geforderten Dekarbonisierung der städtischen Fahrzeugflotte würde also ein Dieselantrieb völlig quer in der Landschaft stehen. Da müssen wir heute schlichtweg nicht mehr diskutieren respektive wir können uns die Zeit hier im Rat wohl sparen. Persönlich war Gemeinderat Rappa Francesco erstaunt darüber, als er gehört hat, dass die Stadt Thun, die im 2018 ein Elektrofahrzeug gekauft hat, im Nachgang aber bei zwei weiteren Beschaffungen wieder auf Hybridsysteme zurückgegriffen hat. Die Antwort darauf ist wirklich banal. Die Spezialfinanzierung Abfallentsorgung der Stadt Thun ist im Minus. Das ist in Burgdorf definitiv nicht der Fall. Der Thuner Abfallfonds muss in den nächsten Jahren saniert werden. Aus diesem Grund ist auf die Beschaffung von zwei vollelektrischen Fahrzeugen verzichtet worden. In Thun ist dann die Beschaffung der beiden Hybridfahrzeuge von der Politik scharf kritisiert worden. Auch die Stadt Thun hat nämlich den Klimanotstand ausgerufen. Der SR entscheidet heute, ob wir uns beim "Ghüderwagen" klimapolitisch den Zielen für 2030 langsam annähern oder wir diese bereits im Jahr 2020 erfüllen. Der SR hat es in der Hand und entscheidet heute. Der GR möchte jetzt, da die Möglichkeit besteht, rascher vorwärts machen. Zum Schluss noch eine Information, was man im Moment am Abklären ist. Der Werkhof, aber natürlich auch andere Ressorts der Stadt Burgdorf, müssen logischerweise immer wieder aufgrund der Lebensdauer Fahrzeuge ersetzen. Bisher war Usanz, dass wir das mittels teuren Ersatzbeschaffungen gemacht haben. Man prüft im Moment die Fahrzeugflotte der Stadt Burgdorf künftigt anders zu finanzieren. Ein Leasing könnte sich aufdrängen. Hohe Anschaffungskosten, aber auch das rasante Tempo im Technologiefortschritt hat zu dieser Evaluation geführt. Man möchte so die Freiheit des Handelns erhöhen, um rasch neue Technologien übernehmen zu können und nicht 20 Jahre lang mit einem System fahren müssen. An dieser Stelle dankt Gemeinderat Rappa Francesco seinem Ressort nochmals für die Vorbereitungen. Man ist gespannt auf die Debatte. Bei Fragen stehen Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, und Gemeinderat Rappa Francesco zur Verfügung.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich intensiv mit dem detailliert ausgearbeiteten Antrag auseinandergesetzt hat. Die BDP-Fraktion unterstützt die Klimastrategie des Bundes, der bis ins Jahr 2050 eine klimaneutrale Schweiz vorsieht. Es kommen in Burgdorf auch keine Dieselfahrzeuge in Frage. Die Mehrkosten eines elektrischen Kehrriichtfahrzeuges zu einem konventionellen Fahrzeug dürfen aber 50% nicht überschreiten. Das wurde seinerzeit so festgelegt. Der elektrische Kehrriichtwagen kostet aber gegenüber der konventionellen Variante ganze Fr. 275'000.-- oder 70% mehr. Eine wichtige Betrachtung bei der Beschaffung ist vor allem auch der Vergleich über die Nutzungsdauer von 20 Jahren. Voraussetzung ist natürlich, dass der Vergleich korrekt mit allen Kostenelementen erfolgt und im Wissen, dass sich die wiederkehrenden Kosten im Laufe des Jahres verändern können. Dies betrifft vor allem die Batterien, die nach 8 bis 10 Jahren Lebensdauer ersetzt werden müssen. Dies betrifft aber auch die LSVA, die Steuern, den Strom und den Unterhalt. Teuerungsbedingt werden diese Kosten wahrscheinlich auch ansteigen. Die Kennzahlen im Bericht sind isoliert betrachtet dem Umweltschutz ausgerichtet. In Bezug auf Lärm und Umweltbelastung müsste man konsequenterweise natürlich auch die Dieselfahrzeuge der Busland auf elektrischen Antrieb umrüsten. Diese verursachen im Verhältnis einiges mehr an Lärm, Stickstoff und Co₂. Im Verhältnis zu den Mehrkosten trägt der elektrische Kehrriichtwagen wirtschaftlich betrachtet eigentlich wenig zum Klimaschutz bei. Die 513 Tonnen eingespartes Co₂ kosten Fr. 275'000.-- mehr. Ein Co₂-Zertifikat für diese Menge würde rund Fr. 17'000.-- betragen über diese Laufzeit. Allerdings ist man dagegen, die Co₂ Reduktion in das Ausland zu verlagern. Die BDP-Fraktion ist für den Klimaschutz, aber nicht zu jedem Preis. Bekanntlich führen Sonderanfertigungen und Erstserien zu höheren Preisen. Der bescheidene Rücklauf der drei Offerten von nur zwei Anbietern deutet ein bisschen auf diesen Zustand hin. Ein Hinweis ist auch die spezielle Breite von 2.5 Meter, die man in Burgdorf benötigt. Aus Sicht der BDP-Fraktion fehlt ein aktueller Vergleich zur Hybridvariante. Gemeinderat Rappa Francesco hat die Stadt Thun erwähnt. Die Stadt Thun hat bereits im Jahr 2018 einen elektrischen Kehrriichtwagen gekauft. Bereits ein Jahr später hat Thun günstigere Hybridkehrriichtwagen beschafft. Bei dieser Neuanschaffung war neben den ökologischen Überlegungen, vor allem die Wirtschaftlichkeit im Zentrum gestanden. Bis zu der nächsten Beschaffung in 20 Jahren wird sich die Antriebstechnologie weiterentwickeln und die Kosten für Co₂ neutrale Kehrriichtfahrzeuge werden weiter sinken. Das Co₂ Ziel des Bundes könnte damit immer noch problemlos erreicht werden. Aus diesem Grund wird die BDP-Fraktion die Vorlage ablehnen.

Stadtrat Niffenegger Simon, namens der SVP-Fraktion, unterstützt die Aussage von Gemeinderat Rappa Francesco, wer A sagt zum Klima muss auch B zu den Kosten sagen. Aber dann müssen die Entscheidungsgrundlagen sauber vorliegen. Zu den Beschaffungskosten hat bereits der Vorredner gesprochen. Betriebswirtschaftlich und im Hinblick auf die Unterhalts- und Betriebskosten suggeriert der Text, aber auch die Zahlen, dass es um exakte Werte geht. Man spricht hier aber von Prognosen, die weit in die Zukunft gehen. Deshalb macht es keinen Sinn, wenn man beim Diesel, den Stromkosten, aber auch bei den staatlichen Abgaben wie LSVA oder Steuern, exakte Werte angibt. Es macht keinen Sinn, wenn man schreibt, dass man bei den Dieselfahrzeugen Fr. 21'375.-- einspart. Das suggeriert, dass man eine Exaktheit hat, die so nicht stimmt. Dies als Hinweis für die Verfassung von weiteren solchen Dokumenten in der Zukunft.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass beim Lesen der Stadtratsvorlage drei Themen positiv aufgefallen sind, die 2016 in der FDP-Fraktion zu diversen Fragen und vor allem kritischen Bemerkungen geführt haben. Erstens, die Vorgaben für das öffentliche Beschaffungswesen wurden vermutlich eingehalten. Das letzte Mal hat ein unterlegener Anbieter seinen Rekurs bis zur zweiten Instanz weitergezogen, was darauf schliessen liess, dass bei öffentlichen Ausschreibungen der Gemeinde Burgdorf vermutlich nicht alles rund lief. Dass der damalige Gewinner der Ausschreibung jetzt nicht mehr auf dem ersten Platz steht, lässt vermuten, dass der Wettbewerb spielen konnte.

Zweitens, eine Ausschreibung mit anderen Städten wurde offenbar geprüft, was bei der Wortmeldung der FDP-Fraktion im 2016 ebenfalls ein Thema war. Zumal gezeigt werden konnte, dass in der Stadt Zürich ein vergleichbares Fahrzeug wesentlich günstiger zu beschaffen war. Leider war dies in der aktuellen Ausschreibung wegen unterschiedlicher Fahrzeugbreite nicht möglich. Drittens, bereits im Antrag an den SR wird erwähnt, dass die MWSt in Abzug gebracht werden kann und somit nur der Nettokredit relevant ist. Hauptkritikpunkt sind die Kosten von Fr. 665'000.-- bei 100% Elektroantrieb für Fahrzeug und Aufbau. Das Votum der FDP-Fraktion richtet sich nicht gegen die spannenden Entwicklungen bei der Elektromobilität und auch nicht gegen den sauberen Co₂-freien Strom aus Wasserkraft, den die Localnet anbietet. Im Fokus steht die Frage, was für eine Stadt verhältnismässig ist und wo die Unverhältnismässigkeit beginnt. Es ist nicht eine Privatperson, die investiert und sich durchaus ein schönes Hobby leisten darf. Nein, hier geht es um die Verwendung von öffentlichen Geldern, über die wir im SR zu befinden haben. In den Beschaffungsrichtlinien zu ökologischem und sozialverträglichem Einkauf steht bei der Mobilität genau, wo die Grenzen zu ziehen sind. Die Regelung ist auf der Seite 4 der Richtlinien abgebildet. Dort steht: "Als unverhältnismässig gilt bei den übrigen Fahrzeugen wie Kehrlichwagen ein Mehrpreis von 50%." Der Preisvergleich in der Stadtratsvorlage hinkt. Die Anschaffungskosten eines 100% elektrisch betriebenen Fahrzeugs wird mit einem Hybrid verglichen, der bereits bedeutend teurer ist als die Basisvariante. Das Resultat ist zirka 48% teurer. Wird der beantragte Kredit von Fr. 665'000.-- mit dem Dieselfahrzeug verglichen, so beträgt der Mehrpreis 70%. Wird der erwähnte Mehrpreis von Fr. 60'000.-- für das Akku Pack von der aktuellen Beschaffung abgezogen, so käme das Fahrzeug auf Fr. 605'000.--, was immer noch höhere Mehrkosten als die erwähnten 50% ausmacht. Bei der letzten Beschaffung im Jahr 2016 hat die FDP-Fraktion trotz vieler Ungereimtheiten den Antrag zur Annahme empfohlen. Heute jedoch nicht mehr. Die FDP-Fraktion betrachtet es als Aufgabe des Parlaments, als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, vernünftig mit unseren Mitteln umzugehen und aufzuzeigen, wo die Grenzen sind und wo sie überschritten werden. Hier werden Grenzen überschritten, die sich die Stadt Burgdorf selber auferlegt hat, und zwar mit den Worten, die trotz Umweltschutz jedem Bürger einleuchten, es ist unverhältnismässig. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem SR, die definierten Grenzen zu respektieren und das Geschäft abzulehnen. First Mover zu sein, hat seinen Preis. Geben wird der Verwaltung die Chance, Alternativen oder Übergangslösungen zu prüfen und vielleicht in zwei Jahren eine Neubeschaffung eines vollelektronischen Fahrzeuges zu beantragen, wenn die Lernkurve weiterschritten ist und dadurch eine gewisse Preisreduktion eintreten konnte. Und wie bereits im Dezember bei der Klimadebatte erwähnt, ist es für das Klima weniger relevant, wie teuer das Kehrlichfahrzeug ist, sondern vielmehr wieviel Abfall in Burgdorf an den Strassenrand gestellt wird.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man aufgrund der ausführlichen Dokumentation intensiv über die Vorlage diskutiert hat. Man ist zum Schluss gekommen, dass man nicht will, den Klimanotstand gegen die Kosten gegeneinander zu stellen. Die EVP schaut den Kauf des Fahrzeuges trotz den hohen Kosten als vertretbar an. Auch in diesem Rahmen, dass Burgdorf mit einem solchen Fahrzeug Erfahrungen sammeln kann. Die EVP wird dem Geschäft zustimmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man für oder gegen die Elektromobilität sein kann. Rein technisch gesehen ist diese elektrische Antriebsart aber ideal im vorliegenden Anwendungsfall. Es werden täglich rund 100 Kilometer gefahren mit Stopp and Go und tiefe Geschwindigkeiten in einem städtischen Gebiet. Auch wenn die Antriebsart bei Kommunalfahrzeugen noch relativ neu ist, so ist die grundsätzliche Technologie bereits seit mehreren Jahren, wenn nicht schon Jahrzehnten, in Entwicklung. Das vorliegende Produkt steht bereits in mehreren Städten im Einsatz und bewährt sich auch. Falls es bei der Anschaffung doch grössere Probleme im Betrieb geben würde, könnten die umfassenden Garantien greifen. Die Batteriegrösse ist richtig gewählt, auch bei einer gewissen Degeneration der Batterie, sprich Alterung, damit das

Fahrzeug auch noch nach 15 Jahren die gewohnte Entsorgungsrouten abfahren kann. Die Mehrkosten schlagen sich in der Beschaffung gegenüber konventionellen Diesellösungen oder auch Hybrid nieder. Mittel- und langfristig werden aber die markant tieferen Betriebskosten die Mehrkosten mehr als nur wettmachen. Über die Genauigkeit der Angaben kann man streiten, weil es auf Prognosen beruht. Die Grössenordnung stimmt aber und ist eher konservativ gerechnet. Wichtig ist, dass man die Total Cost of Ownership TCO respektive die gesamten Lebenszykluskosten anschaut. Dabei werden auch konventionelle Lösungen wie Hybrid mittel- und langfristig eher schlechter. Stadtrat Schärf Philipp ist kein Fan von Hybrid. Hybrid haben zwei Systeme und dabei fallen zweimal die Wartungskosten an. Das ist wiederum ein grosser Risikofaktor, dass die Betriebslaufkosten viel höher ausfallen. Die vorgesehene Investition beträgt Fr. 750'000.-- und ist in der MIP vorgesehen. Die Folgekosten können in der momentanen Situation komfortabel über die Spezialfinanzierung verbuchen. Die Dringlichkeit der Beschaffung ist gegeben. Man wünscht sich jedoch, dass in der Folge das Betriebskonzept Abfallentsorgung dem Bedarf der nötigen Fahrzeuge in Zukunft besser aufgezeigt wird. Ein Wort zum Votum der FDP-Fraktion. Es ist klar, dass man bei der ganzen Abfallvermeidung etwas machen kann, aber das schliesst nicht aus, dass man bei den Abfallentsorgungswegen einen Schritt in die richtige Richtung geht. Die GLP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen und dankt dem zuständigen Organ für die sauber durchgeführte Submission.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man das Geschäft ebenfalls diskutiert hat. Die Grünen-Fraktion dankt der Verwaltung für die ausführlichen Unterlagen, die sich nicht nur auf die Preise fokussieren, über die bis jetzt nur diskutiert wurden, sondern auch auf den Schadstoffausstoss und die Lärmbelastung. Man ist schliesslich im SR nicht nur, um die Stadtkasse zu repräsentieren, sondern primär um die Bevölkerung zu repräsentieren. Die Bevölkerung hat mehr davon, wenn es weniger stinkt und weniger Lärm macht, als dass bei einer Spezialfinanzierung Abfallentsorgung am Schluss Fr. 200'000.-- mehr drinnen hat. Die Grünen-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Antrag des GR für einen neuen Elektrokehrriechwagen einstimmig unterstützt. Besonders positiv ist die Umsetzung der Klima Force, wie sie in der Vorlage erläutert ist. Die SP-Fraktion will die Verantwortung sowohl umwelt- wie auch finanzpolitisch übernehmen. Zu den vorgängig erwähnten Mehrkosten muss erwähnt werden, dass gemäss den zitierten Beschaffungsrichtlinien sowohl die Anschaffung wie auch die Betriebskosten berücksichtigt werden müssen. Dabei unterschreitet man schnell das Maximum der vorgegebenen 50% Mehrkosten. Die SP-Fraktion dankt für die detaillierten und interessanten Unterlagen. Zu einem Schmunzeln angeregt hat, dass für die Option mit dem Leasing statt dem Kauf der Batterie ein tieferer Betrag offeriert wurde. Leider handelt es sich dabei aber nur um einen Rechnungsfehler, sonst würde man sofort diese Variante auswählen. Der neue Kehrrichtwagen ist massiv besser im Bereich A wie Abgase, L wie Lärm und E wie Energieform, also sagen wir "al(l)e(z)".

Gemeinderat Rappa Francesco nimmt Stellung zur Kritik in Zusammenhang mit dem Vergleich zur Anschaffung. Im Grundsatz war die Überlegung, weil der Klimanotstand da ist, und der Vergleich mit einem Dieselfahrzeug nicht ganz korrekt ist. Die Stadt Thun wollte erneut ein Elektrofahrzeug beschaffen, weil sie gute Erfahrungen gemacht haben nebst den weiteren erwähnten positiven Gründen. Thun hat aber schlichtweg kein Geld im Abfallentsorgungsfonds. In der Not frisst der Teufel fliegen. Thun hat sich deshalb für ein Hybridfahrzeug entschieden. Burgdorf hat ein Klimaziel für das Jahr 2030 und sich dementsprechend die Auflage gemacht.

Abstimmung

1. Für die Anschaffung eines neuen Kehrichtwagens wird ein Investitionskredit von CHF 665'000.00 bewilligt (Sachgruppen-Nr. 5060.03 Spezialfahrzeuge, Kostenstellen-Nr. 2200.5060.02 Ersatzbeschaffung Kehrichtwagen 2020).
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 28 Ja und 9 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2020-339 | Registratur-Nr. 7.70.7010.10

Erweiterung Pavillon Neuhofweg 8 für Kindergarten; Weitere Schritte Schulraumplanung

Verhandlung

Stadtratspräsident von Arb Peter stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK das vorliegende Geschäft am 23. April 2020 geprüft und mit dem zuständigen Gemeinderat Grimm Christoph diskutiert hat. Die Stadt Burgdorf verzeichnet in den letzten Jahren steigende Schülerzahlen, was sich mit der zunehmenden Attraktivität der Stadt Burgdorf mit neu entstehendem Wohnraum in nächster Zeit fortführen wird. Das wird auch mit den Zahlen aus den Geschäftsberichten der letzten Jahre deutlich. Im Jahr 2012 waren es 275 Kindergartenkinder in 14 Klassen, im Jahr 2015 289 Kindergartenkinder in 16 Klassen, im Jahr 2018 297 Kindergartenkinder in 16 Klassen und im Jahr 2019 308 Kindergartenkinder in 16 Klassen. In den Jahren 2020 und 2021 werden mit 338 Kindergartenkindern gerechnet. Die Stadt Burgdorf strebt beim Kindergarten einen Klassenschnitt von 18.5 Kindern pro Klasse an. Der aktuelle Schnitt beträgt im Moment 21 Kinder. Die Richtlinien für die Schülerzahlen der Erziehungsdirektion des Kantons Bern wird im Normalbereich für Kindergartenklassen zwischen 14 und 22 Kinder angegeben. Somit liegt der angestrebte Wert der Stadt Burgdorf in einem Mittelwertbereich der Vorgaben. Der aktuelle Schnitt mit 21 Kindergartenkindern pro Klasse liegt nur noch knapp unterhalb der Normgrenze. An der GPK-Sitzung vom 23. April 2020 wurden im GR betreffend dem vorliegenden Geschäft noch verschiedene Fragen zur Klärung gestellt, die zum Teil während der Sitzung und zum Teil nachträglich beantwortet wurden. Jedoch sind aus Sicht der GPK noch inhaltliche Fragen offen geblieben. Der GPK hat während der Diskussion zum Geschäft unter anderem die Information gefehlt, ob das Gebäude Neuhofweg 4 in die Evaluation miteinbezogen wurde. Die Frage wurde zum Teil durch die nachgereichte Information beantwortet. Zusätzlich sind noch Informationen bei Burkhardt Stefan, Leiter Hochbau, beantragt worden. Die Nachfrage hat ergeben, dass das Chalet am Neuhofweg 4 aus den 1920-Jahren stammt und noch zirka 10 bis 15 Jahre Reserve bezüglich Sanierung aufweist und somit für die mittelfristige Planung noch geeignet ist. Die Beurteilung der Bausubstanz des Gebäudes ist laut Auskunft von Burkhardt Stefan Anfang des Jahres erfolgt. Alle bestehenden Kindergartengebäude am Neuhofweg werden erst ab dem Jahr 2030 für eine Sanierung fällig. Eine aus Sicht der GPK wichtige, im Geschäft aber fehlende, Information ist zudem, dass der aktuelle Plan vorsieht, dass der Neubau offenbar auf einfache Art demontiert und anderweitig wieder eingesetzt werden kann. Die GPK hält fest, dass das Geschäft zwar in der vorliegenden Form dem SR zur Beratung weitergeleitet werden kann. Allerdings beurteilt die GPK die mangelnde Information für die Debatte im Rat als kritisch. Durch die fehlenden Informationen wird dem Rat eine objektive

Debatte erschwert. Der GR riskiert dadurch, dass das Geschäft durch den Rat zurückgewiesen oder nur aufgrund lückenhafter Informationen abgelehnt wird. Die GPK erwartet bei künftigen Geschäften, dass für die Beratung relevante Informationen in den Unterlagen enthalten sind und der GR zu den Inhalten an der GPK-Sitzung umfassend Stellung nehmen kann oder entsprechende Auskunftspersonen zur Beratung dazu zieht. Die GPK schlägt das Geschäft dem SR zur Debatte vor.

Gemeinderat Grimm Christoph möchte seine Freude, aber auch Skepsis zum Ausdruck bringen. Die Schulen dürfen heute wieder loslegen. Es war für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung. An dieser Stelle dankt Gemeinderat Grimm Christoph allen Schulleitungen, Lehrkräften, Eltern und weiteren Beteiligten, welche durch die Phase des Fernunterrichtes zusätzliche Arbeiten, Engagement und Agilität an den Tag gelegt haben. Für viele war es nicht ganz einfach. Sinnbildlich für die Öffnung, am Tag wo die Schulen wieder loslegen, schaut die Politik von Burgdorf in Sachen Schulen, im Speziellen in Sachen Kindergartenraum, wieder in die Zukunft. Der Sprecher der GPK hat bereits viel erläutert zum Geschäft. Die Stadt Burgdorf wächst. Das Wachstum bringt neue Bewohnerinnen und Bewohner, aber es fordert auch die Infrastrukturen. Gemäss Gesetzgebung sind die Gemeinden für die Bereitstellung von genügend und geeignetem Schulraum verpflichtet. Zum Schulraum gehören auch die Kindergärten. Die Vorgeschichte ist bekannt, warum die Planung im Bucherareal nicht weiterverfolgt werden konnte. Man musste einen neuen Standort suchen. Aufgrund der Schulraumanalyse in den Jahren 2017 und 2018 sind die Ergebnisse in die Gebäudesanierungsstrategie der gesamten Stadt eingeflossen. Die gemeinsame Beurteilung zum Bedarf und Zustand ist in einen harmonisierten Ablaufplan verarbeitet worden. Der Antrag von heute ist nicht aus dem Kontext der Schulraumplanung gerissen und ist auch nicht zusätzlich. Es geht um den ersten Schritt einer Planung, die in den nächsten 10 Jahren umgesetzt werden soll. Bevor das Geschäft im Detail besprochen wird, informiert Gemeinderat Grimm Christoph über die geplanten 13 Schritte der Schulraumplanung. Damit soll klar werden, was vorgesehen wird. Es soll zeigen, welche Schulbauten und Kindergärten wann und wie saniert oder neu gebaut werden. Mit dem vorliegenden Geschäft wird nur der Kindergarten Neuhofweg 8 behandelt. Es gibt kein Präjudiz zu den nachfolgenden Geschäften. Details zum gesamten Schulraumplan und den Kosten wird der SR an der Informationsveranstaltung vom 31. August 2020 erhalten. Der SR wird jeden Neu-, Aus- oder Umbau bewilligen müssen. Der SR kauft auf keinen Fall die Katze im Sack. Als Auskunftsperson steht Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, zur Verfügung. Der Schritt 1 ist der Ergänzungsbau, über den wir heute diskutieren. Beim Schritt 2 gibt es im Schlossmatt ein Provisorium, um Gebäude abzurechen und neu zu bauen. Beim Schritt 3 gibt es im Schlossmatt einen Neubau und in der Neumatt erfolgt ebenfalls ein Neubau westlich des bestehenden Gebäudes. Beim Schritt 4 ist der Neubau im Schlossmatt und in der Neumatt abgeschlossen. Im Gsteighof entsteht ein Provisorium, das in späteren Zeiten gebraucht wird, um die Schülerinnen und Schüler der Schulhäuser, die umgebaut werden, unterzubringen. Beim Schritt 5 wird das Pestalozzischulhaus saniert und die Schülerinnen und Schüler werden einerseits in der Neumatt und andererseits im Provisorium im Gsteighof untergebracht. Im Schlossmatt ist die Sanierung des Gebäudes Nord abgeschlossen. Dann erfolgt der Umzug in das andere Gebäude. Beim Schritt 6 erfolgt im Gsteighof der Bau des Turnhallenprovisoriums. In der Schlossmatt ist das Gebäude Nord fertig erstellt. Das Gebäude Mitte wird saniert. Der Umzug in die neuen Anbauten erfolgt. Beim Schritt 7 ist die Sanierung im Pestalozzi abgeschlossen. Die Schülerinnen und Schüler besuchen wieder die ordentlichen Räume. Beim Gsteighof erfolgt der Anbau beim Gebäude Nord. Zusätzlich wird das Provisorium voll ausgebaut. Beim Schritt 8 ist die Turnhalle im Gsteighof saniert. Im Schlossmatt ist die Sanierung des Gebäudes Nord vorgesehen. Der Turnunterricht zieht in das Gsteighof. Die Sanierung des Gebäudes Mitte ist abgeschlossen. Beim Schritt 9 ist das Gebäude Süd in der Schlossmatt saniert. Dort folgt eventuell ein An- oder Neubau. Die übrigen Gebäude sind fertig. Die Sanierung der Turnhalle Neumatt steht an. Der Turnunterricht zügelt ins Provisorium im Gsteighof. Beim Schritt 10 wird in der Neumatt der Kindergarten saniert. Der Kindergarten zügelt in das neu erstellte Gebäude West. Im Gsteighof

erfolgen die Sanierung und der Anbau der Gebäude Süd. Diese zügeln in das Provisorium. Der Anbau Nord ist erstellt. Die Arbeiten im Schlossmatt sind abgeschlossen. Beim Schritt 11 ist die Turnhalle in der Neumatt erstellt und abgeschlossen. Die Sanierung des Kindergartens ist noch im Gang. Im Gsteighof wird das Provisorium zurückgebaut. Danach erfolgt die Sanierung des Gebäudes West. Der Umzug erfolgt ins Provisorium. Beim Schritt 12 erfolgt der Abbruch der Tagesschule und des Kindergartens. Diese ziehen um in den Neubau Neumatt. Im Gsteighof ist die Sanierung des Gebäudes West noch im Gang. Beim Schritt 13, dem letzten Schritt im Jahr 2030/2031, erfolgt im Gsteighof der Rückbau der restlichen Provisorien. Es ist noch unklar, ob man die Provisorien noch für weitere Sanierungen benötigt oder verkauft. Man hat bewusst wenige oder keine Jahreszahlen bekannt gegeben. Jedes Geschäft wird im SR traktandiert. Es handelt sich um eine rollende Planung und ist ein sinnvoller Ablauf. Gemeinderat Grimm Christoph informiert über das vorliegende Kreditgeschäft im Detail. Nach dem Nein zum Bucherareal im Sommer 2019 musste eine neue Lösung gefunden werden. Es wurden Inserate geschaltet, weil es im Perimeter schwierig wurde. Der GR hat im Januar 2020 einen Planungskredit bewilligt, um die Möglichkeiten am Neuhofweg zu evaluieren. Es haben drei Direktionen eng und schnell zusammengearbeitet, nämlich die Bildungsdirektion, die Baudirektion und Finanzdirektion. Man hatte dementsprechend nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung. Gemeinderat Grimm Christoph dankt an dieser Stelle den Beteiligten für ihre schnelle, effiziente und zielgerichtete Arbeit. Die Stadt Burgdorf benötigt für das Schuljahr 2021/2022 einen neuen Kindergarten im Perimeter Neuhofweg. Die Stadt Burgdorf verzeichnet steigende Schülerzahlen. Die Entwicklung der durchschnittlichen Schülerzahlen ist in der Vorlage auf der Seite 2 ersichtlich. Der Richtwert des Kantons Bern wurde ebenfalls bereits erwähnt. Der Prüfungsbereich liegt bei unter 13 und über 23 Kinder. Mit dem Neuhofweg ist man immer noch knapp über dem Durchschnitt. Es wurden verschiedene Varianten geprüft. Nur mit dem vorliegenden Antrag können Synergien genutzt werden. Man kann zum Beispiel den gedeckten Vorplatz benützen. Man hat zusätzliche Lagerräume und Technikräume. Die totale Nutzfläche, die Bruttogeschossfläche, beträgt 245 m². Es wird eine nachhaltige Bauweise angewandt. Es handelt sich um vorgefertigte Holzmodule in der Standardkonstruktion. Es sind noch Fragen betreffend der Heizung aufgetaucht. Kann man die Heizung mit der bestehenden Pavillonheizung koppeln? Das ist nicht möglich, weil die Kapazität gesprengt würde. Es ist eine neue Heizung und Warmwasseraufbereitung vorgesehen, voraussichtlich mit einer Luft-Wasser-Split-Wärmepumpe. Wenn die Heizung des Pavillons erneuert werden muss, wird selbstverständlich geprüft, ob eine gemeinsame Anlage umgesetzt werden kann. Die Kosten für die Aussenraumgestaltung sind im vorliegenden Antrag eingerechnet. Über eine allfällig mögliche Variante eines eingeschossigen Kindergartens sind die Vor- und Nachteile aufgelistet. Bei der Terminplanung sind gewisse Faktoren immer vorhanden, die den Plan über den Haufen werfen. Das können Einsparungen sein, aber auch der laufende Betrieb der Kita und Kindergärten. Aus Zeitgründen konnte kein klassisches Verfahren mit Planungsverfahren, Baukredit und Kostenschätzung durchgeführt werden. Man hat ein kompaktes Verfahren mit Ausschreibung und Submission mit einem TU eingesetzt, ein sogenanntes Einladungsverfahren. Die Kosten belaufen sich auf 1.072 Mio. Franken inklusive Fr. 70'000.-- Reserven. Das Gebäude kostet Fr. 665'000.-- und die Umgebung Fr. 85'000.--. Der Brunnen muss aus Sicherheitsgründen geschlossen werden. Weitere Kosten sind die Baunebenkosten mit Fr. 50'000.--, die Ausstattung mit Fr. 75'000.-- und die Anschlussgebühren. Dazu kommen noch die Reserven und die Mehrwertsteuer, was zum Total von 1.072 Mio. Franken führt. Die finanziellen Auswirkungen sind im MIP 2020 und 2021 mit je 1 Mio. Franken eingesetzt. Die Investitionskosten werden auf 25 Jahren abgeschrieben. Finanziert wird es durch die Spezialfinanzierung Schulraum. Die Rechnung der Stadt Burgdorf wird somit nicht belastet. Die Investitionsrechnung wird jedoch belastet. Durch das gute Ergebnis des letzten Jahres kann auf eine Neuverschuldung voraussichtlich verzichtet werden. Beim Verlauf der Betriebskosten, zum Beispiel die Lehrerlöhnen, kann man nicht viel machen. Die Lehrer werden vom Kanton bezahlt und die Tarife müssen eingehalten werden. Das Chalet wurde nicht geprüft, weil man es noch braucht. Es handelt

sich nicht um ein Provisorium. Es ist ein Erweiterungsbau und ein Anbau, der dringend benötigt wird. Es ist eine Standardkonstruktion mit Modulen die vorgefertigt sind. Die Module können auch versetzt werden. Die Lebensdauer des Pavillons ist noch nicht abgelaufen. Das Büro Basler + Hofmann hat eine Analyse erstellt und hat dabei eine Qualität mit einem Zeitwert im oberen Mittel erreicht. Der Pavillon muss nicht saniert werden. Die Frage nach dem Asbest beim Pavillon kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Es kann sein, dies muss aber zu einem späteren Zeitpunkt abgeklärt werden. Es ist falsch, dass die geplante Fläche nicht stimmt. Auf den Plänen ist ersichtlich, dass die Bruttogeschossfläche 245 m² beträgt. Die Raumaufteilung ist eine operative Angelegenheit und ist noch nicht ganz abgeklärt. Es besteht eine Gasheizung beim Pavillon, die man nicht anschliessen kann. Selbstverständlich wird es überprüft, falls das ganze ersetzt werden muss. Es wird eine Alternative zum Gas eingesetzt. Eine Containerlösung wäre möglich, aber wäre nicht wirklich günstiger, weil ja auch Mobiliar benötigt wird. Man hätte zudem keine Freiräume und kein Spielplatz, was die Kinder aber benötigen. Der Neuhofweg ist in der Gesamtplanung eingebunden. Der GR hat dies als Schritt am 30. März 2020 beschlossen. Das Protokoll des GR liegt vor. Das renommierte Büro Basler + Hofmann hat nicht geplant, sondern alle Schulräume analysiert. Dabei wurde festgestellt, dass das Gotthelf, das Pavillon und das Chalet nicht in die Planung gehören, weil man dort nichts macht, sondern nur der normale Unterhalt. Es gibt kein Plan B. Der GR ist gespannt auf die folgende Diskussion.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man mit dem GR einig ist, dass der Ausbau des Schulraumes aufgrund der wachsenden Schülerzahlen unbestritten ist. Aus der Vorlage kann herausgelesen werden, dass der GR bereits seit 2013 mit der Schulraumplanung beschäftigt ist. Es ist deshalb unverständlich, dass heute dem SR die erste Erweiterung von insgesamt 13 Schritten vorgelegt wird. Im Bucherareal ist für den Norden der Stadt Burgdorf ein Doppelkindergarten geplant gewesen, damit man das Provisorium am Neuhofweg endlich auflösen kann. So steht es in der Stadtratsvorlage. Es ist enttäuschend, dass man davon abweicht, nur weil der Standort Bucherareal nicht realisiert werden kann. Man erwartet, dass man trotzdem für Burgdorf die beste Lösung sucht, sodass man endlich mit den wenig geeigneten Standorten aufhören kann. Diese verursachen nämlich auch Kosten. Nach Recherchen der SVP-Fraktion sind im angedachten Perimeter durchaus Liegenschaften vorhanden, die man zu wenig geprüft hat. Man will, dass das Projekt so geplant wird, dass es über einen längeren Zeithorizont verhebt und somit einer nachhaltigen Schulraumplanung gerecht wird. Beim vorliegenden Geschäft kommt man wirklich in die Versuchung, diesen als Schnellschuss zu bezeichnen. In der Vorlage wird darauf hingewiesen, dass der Kindergartenraum bis zum Schuljahr 2021/2022 parat sein muss. Man kann die Meinung nicht ganz teilen, weil betreffend Klassengrößen die kantonalen Richtlinien zwar eingehalten werden, aber nur knapp. Die SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass grössere Klassen für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung darstellt. Es ist nicht das Ziel der SVP-Fraktion, die Klassen über längere Zeit bis ans Limit wachsen zu lassen. Damit für die Zukunft unserer Stadt und vor allem für unsere Kinder die beste Lösung entsteht, erfordert das Geschäft eine Überarbeitung. Es braucht zwei und nicht nur ein Kindergarten im Perimeter Nord. Das Projekt soll überarbeitet werden und dem SR mit einer echten Lösung vorgelegt werden. Die SVP-Fraktion übernimmt die Verantwortung zugunsten der nachfolgenden Generation und verlangt ein Projekt, das längerfristig ausgelegt ist und eine echte Verbesserung bringt. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb das vorliegende Geschäft und Flickwerk ab.

Stadtrat Greisler Yves, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Aufgrund der zunehmenden Entwicklung des Bevölkerungswachstums in Burgdorf ist die Notwendigkeit von zusätzlichem Kindergartenraum ersichtlich. Die BDP-Fraktion dankt Gemeinderat Grimm Christoph für die Präsentation und die neuen Informationen zu diesem Geschäft. Die Entwicklung ist seit längerer Zeit absehbar und wie der Vorlage zu entnehmen schon seit längerer Zeit bekannt. Aber erst in den letzten zwei Jahren sind neue Ergebnisse aufgrund einer Analyse vom

erwähnten Büro vorgelegen. Nachdem im Bucherareal der geplante Doppelkindergarten im letzten Moment gestoppt wurde und sich die Alternative Waldkindergarten als wenig geeignet erwiesen hat, wird nun mit der Brechstange eine Ersatzvariante erzwungen. Inwieweit es sinnvoll ist bei einem alten bestehenden Teil ein Neubau in diesem Umfang zu erstellen, ist zweifelhaft. Auch stellt sich die Frage, inwiefern ein gedeckter Aussenplatz eine Auflage für den Betrieb eines Kindergartens oder bloss "nice to have" ist. Aus der Vorlage geht zu wenig hervor was für eine Strategie für die umliegenden Gebäude geplant ist, beziehungsweise in welchem Zeitraum sie in Angriff genommen werden. Dazu hat man erst heute Abend neue Informationen erhalten. Gemäss der Vorlage ist auch mit Einsparungen zu rechnen. Die Planung sowie die Umsetzung stehen somit unter einem grossen Termindruck. Mit dem klassischen Planungsverfahren ist eine genaue Kostenschätzung nicht möglich. Zu den hohen Kosten könnten allenfalls noch zusätzliche Kosten für ein Provisorium dazukommen. Es fehlt auch eine Variante, ob es nicht möglich wäre mittels Container. Es gibt heute dazu bereits geniale Lösungen, ein Provisorium einzurichten bis Klarheit über die Arealentwicklung herrscht. Obwohl der SR erst im August die Schulraumstrategie zusammen mit der Gebäudestrategie präsentiert bekommt, muss man heute über ein Puzzleteil entscheiden, obwohl das ganze Bild noch nicht bekannt ist. Das stört die BDP-Fraktion sehr und wirkt befremdlich. Die BDP-Fraktion lehnt aus diesem Grund den Antrag ab.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man den Standort für den geplanten Kindergarten generell als gut und sinnvoll erachtet. Auch die Dringlichkeit des Geschäftes ist allen Anwesenden bekannt. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Unterlagen erscheint die Zustimmung zu diesem Geschäft schwierig. Zwei Aspekte verunmöglichen der FDP-Fraktion dem Geschäft zuzustimmen. Zum einen die Kosten des geplanten Neubaus und zum anderen die Bewertung der Bausubstanz des bestehenden Gebäudes. Als Basis für die Einschätzung der Kosten wurden die zur Verfügung stehenden Unterlagen konsultiert sowie persönliche Rücksprachen mit dem Leiter Immobilien und dem Leiter Hochbau der Stadt Burgdorf geführt. Vergleicht man die vorliegenden Kostenberechnungen mit gleichartigen Bauvorhaben wie zum Beispiel Schulprovisorium Champagne oder Kindergartenprovisorium Wildermethmatte, beide Bauten stehen in Biel, ist die Kostenschätzung für den geplanten Kindergarten zu hoch und steht in keinem Verhältnis zur angedachten temporären Nutzung. Es bestehen somit berechtigte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der vorliegenden Berechnungen. Zudem werfen inhaltliche Fehler erhebliche Bedenken auf, was die Ausweisung der Nutzfläche und Kosteneinteilung nach BKP angeht, beides essentielle Kennzahlen zur Beurteilung und Nachvollziehbarkeit der Kosten. Dazu kommt, dass die Demontierbarkeit und Wiederverwendbarkeit des Kindergartenpavillons nicht ausreichend thematisiert wurde. Gerade diese Anforderungen sind aus Sicht der FDP-Fraktion jedoch Kernbestandteil des Projektes, wenn man die Lebensdauer des Schulprovisoriums Neuhofweg, Baujahr 1981, betrachtet und in absehbarer Zeit der bestehende Bau zugunsten des Neubaus weichen muss. Die Analyse von Basler + Hofmann beurteilt den Zustand des bestehenden Schulprovisorium als Mittel und für weitere 15 Jahre nutzbar. Die Materialisierung wird im Bericht als zweckmässig bezeichnet. Der Bericht geht jedoch ungenügend auf die asbesthaltige Wandverkleidungen der Innenräume ein. Das birgt ein Gesundheitsrisiko, dem die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer täglich ausgesetzt sind. Zudem bedingt eine solche Altlast eine Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit des Gebäudes. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist eine solche Materialisierung auf keinen Fall als zweckmässig zu bezeichnen. Diese Erkenntnis werfen Fragen bezüglich der Seriosität der Analyse auf und stellen konsequenterweise die Frage nach der Sinnhaftigkeit des vorliegenden Geschäftes. In Anbetracht der erwähnten Bedenken, die zu hoch geschätzten Baukosten für den Neubau sowie die asbesthaltige Wandverkleidung im bestehenden Bau, lehnt die FDP-Fraktion das Geschäft ab. Trotz der bewussten Dringlichkeit des Geschäftes wäre eine voreilige Zustimmung in der vorliegenden Form ein Fehler und somit eine vertane Chance. Für die FDP-Fraktion ist eine erneute Betrachtung und Planung über das komplette Areal Neuhofweg zwingend. Ein Ersatzneubau soll in Betracht gezogen werden. Zudem fordert die FDP-Fraktion die

Integration vom Areal Neuhofweg in die übergeordnete Schulbautenplanung der Stadt Burgdorf, welche dem SR im August vorgestellt wird. Das bedeutet für die heutigen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer ein weiteres Ausharren auf knappem Raum, ermöglicht aber den zukünftigen Jahrgängen ein gesundes und bedenkenloses tägliches Leben. Nebenbei kann bei einem Ersatzneubau mit Integration des Kindergartens ein ausgewogenes Kosten- und Nutzenverhältnis erzielt werden. Das ist in Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen Situation klar im Interesse der Stadt Burgdorf.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR und den verschiedenen Direktion für die Ausarbeitung der Vorlage. Der Bedarf an zusätzlichem Kindergartenraum ist in diesem Einzugsgebiet mit den vorliegenden und den bekannten Zahlen sicher gegeben. Wie die Zahlen diesbezüglich belegen, rechnet die Stadt Burgdorf mit einer weiteren Zunahme von Kindern in den nächsten Jahren. Die baulichen Tätigkeiten im Einzugsgebiet des Schulgebietes Pestalozzi und Gotthelf in den nächsten Jahren, namentlich im Bucherareal und der Butterzentrale, werden diesen Trend eher noch verstärken. Wer am Wachstum der Stadt Burgdorf zugestimmt hat, müsste demzufolge eigentlich auch dem Bau der nötigen Infrastruktur zustimmen. Die fehlende Information bezüglich Chalet am Neuhofweg 4 und der Arealentwicklung, die nun nachträglich erfolgt sind, waren für die SP-Fraktion zum Teil irritierend. Es bleibt auch für die SP-Fraktion offen, ob nicht doch eine effizientere Nutzung des Areals möglich gewesen wäre. Auch mit dem vorliegenden Geschäft wird jetzt erneut nichts für die bereits seit 10 Jahren angestrebte Schulraumreserve gemacht. Die SP-Fraktion hofft, an der Informationsveranstaltung im Sommer mehr dazu zu erfahren und die Schulraumplanung für die Zukunft die nötigen Reserven berücksichtigt. Die SP-Fraktion bedauert zudem, dass in Burgdorf kein Waldkindergarten möglich sein soll, obwohl es in anderen Gemeinde durchaus möglich ist. Die SP-Fraktion wird die Anträge des GR aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen und der zeitlichen Komponenten zustimmen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass man sich mit grossem Interesse und Wohlwollen mit der Vorlage auseinandergesetzt hat. Die EVP dankt für die Ausarbeitung und auch für die Beantwortung der Rückfragen und Anregungen. In Burgdorf gibt es mindestens ein privater Kindergarten. Die EVP schlägt der Verwaltung vor, kurzfristig für den Sommer 2020 nach Lösungen zu suchen, ob eine befristete Kooperation möglich wäre. Das würde das akute Problem der grossen Klassen vielleicht ein bisschen entschärfen. Was das bauliche angeht, ist die EVP über die vorgesehene Heizung und Warmwasseraufbereitung gestolpert. Eine 15-jährige Gasheizung, die nach Auskunft der Baudirektion noch fünf bis zehn Jahre betrieben werden kann und die bestehende Warmwasseraufbereitung, die elektrisch ist und durch eine Wärmepumpe ersetzt werden soll. Wärmepumpe gelten allgemein als erneuerbare Energiequelle, wenn es sich um gute Anlagen handelt, die ein bisschen teurer sind und eine hohe Leistungsziffer erreichen. Die Bandbreite von Wärmepumpen ist aber sehr gross. Es gilt zu beachten, dass nicht aus Kostenüberlegungen ein weniger effizientes Modell mit einer tiefen Leistungsziffer genommen wird, die ökologisch wenig besser ist als die bestehende Warmwasseraufbereitung. Noch besser als eine gute Wärmepumpe wäre allerdings, wenn die Heizung und Warmwasseraufbereitung zusammen betrachtet wird oder noch besser der Einsatz von einheimischer erneuerbarer Energie bevorzugt wird. Es soll auch geprüft werden, ob ein Anschluss an die Fernwärme am Strandweg möglich wäre. Die EVP wird in diesem Sinn der Kreditvorlage zustimmen.

Stadträtin Hauser Damaris, namens der GLP-Fraktion, dankt Gemeinderat Grimm Christoph für die verständlichen Ausführungen und die Übersicht. Die GLP-Fraktion unterstützt den Kindergarten, weil es dringend ist und der Platz benötigt wird. Es ist wichtig, dass Kinder einen guten Start in das doch noch lange Schulleben haben. Die Kinder sollen Platz haben, um sich entfalten zu können und in einer

Gruppengrösse sein, die eine optimale Betreuung gewährleistet. Die GLP-Fraktion unterstützt den Kindergarten, weil er überzeugt, auch ökologisch. Die Holzkonstruktion mit den Modulen überzeugt, weil man diese erweitern, ersetzen oder verschieben kann. Man kann sie den Bedürfnissen anpassen. Es ist auch wichtig, dass der Pausenplatz dadurch nicht kleiner wird und sogar noch besser genutzt werden kann, nämlich auch bei schlechtem Wetter. Punkto Heizung hat man auch diskutiert, dass es wahrscheinlich mehr Sinn macht, diese an die bestehende Heizung anzuschliessen. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn diese einmal ersetzt werden muss, dass sie durch eine Wärmepumpe oder nach dem Votum von Bossard-Jenni Tabea auch durch eine Holzheizung ersetzt wird. Wichtig ist aber, dass man etwas Ökologischeres berücksichtigt. Das ist der Anfang der Schulraumplanung. Es ist ein guter Anfang und man freut sich auf die weiteren Informationen anlässlich der Informationsveranstaltung im August.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grünen-Fraktion, dankt für die Ausarbeitung dieses Geschäftes. Die Grünen-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Man hat intensiv diskutiert und es hat viele Fragen gegeben, die alle beantwortet wurden. Die Grünen-Fraktion ist erfreut über den Holzbau, bei dem man das Kreislaufdenken sieht und den ganzen Bau wieder recyceln kann. Die dringenden Platzbedürfnisse der Kinder in Burgdorf sind ersichtlich und man muss pragmatische Lösungen finden. Man ist froh, dass bei der Heizung in eine ökologische Richtung gedacht wird. Die Doppelnutzung des Pausenplatzes ist ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinderat Grimm Christoph weist vehement zurück, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um einen Schnellschuss handelt. Man hat im Jahr 2013 mit der Planung begonnen. Man weiss aber auch, wie es zu und her gegangen ist, vor allem auch im Bucherareal. Man hat mit der Planung begonnen und man war gerade an der Umsetzung, als man es zurücknehmen musste. Dies auch, weil man eine Gesamtplanung für die Stadt Burgdorf will. Das Projekt B.move ist dem SR bekannt und hat es auch bewilligt. Das gehört alles in die Gesamtplanung. Völlig falsch wäre gewesen, wenn man im Jahr 2013 dem SR gesagt hätte, man brauche einen Kindergarten. Weil man eine Gesamtplanung macht und auch vorlegen will, wird das Geschäft erst jetzt vorgelegt. Wenn man das Projekt im Bucherareal hätte umsetzen können, wäre das Geschäft früher im SR traktandiert gewesen. In den Voten wurde gesagt, dass man besser zwei Kindergärten bauen würde. Vorgesehen war, wenn das Bucherareal umgesetzt wurde, dass das Chalet geschlossen würde. Das wäre der Plan gewesen. Die Strategie fehlt überhaupt nicht. Die Strategie für die nächsten 10 bis 15 Jahre liegt vor. Es ist gar nicht möglich, dies über einen längeren Zeitraum zu planen. Betreffend Schulraumreserve stellt sich die Frage, wer im SR dafür zwei bis fünf Mio. Franken sprechen würde. Das wäre wunderbar, aber das geht nicht. Zur Bausubstanz wird anschliessend Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, informieren. Es ist nicht wahr, dass kein Waldkindergarten vorhanden ist. Burgdorf hat einen Waldkindergarten light, das heisst, die Kinder sind nicht immer im Wald, sondern zwischendurch auch in einem Gebäude. Es wäre toll, wenn man das hätte, aber es geht einfach nicht. Die Kooperation mit privaten Kindergärten wäre schwierig und nicht zeitnah. Es gäbe auch rechtliche Probleme, weil der Kanton dazu auch etwas zu sagen hätte. Die Heizung wird zusammen betrachtet. Man will eine andere und gemeinsame Heizung. Es ist jedoch noch unklar, ob es eine Wärmepumpe sein wird. Gemeinderat Grimm Christoph kennt sich mit den Leistungsziffern aus, weil er ziemlich lange in diesem Bereich gearbeitet hat. Die Leistungsziffer einer Luftwasserwärmepumpe ist im Sommer wesentlich besser als im Winter. Wenn man Warmwasser aufbereiten will, muss man auch im Sommer Warmwasser haben. Da kann man mit Sonnenkollektoren helfen. Die Art ist aber noch nicht zu 100 Prozent bestimmt. Es ist keine temporäre Lösung. Man spricht nicht von einem Provisorium, sondern von einer Lösung, die man in den nächsten 20 bis 30 Jahren gebrauchen kann. Das Gebäude kann nötigerweise auch gezügelt werden.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, informiert, dass man relativ spät die Nachricht erhielt, dass ein Kindergarten realisiert werden muss. Das war abhängig vom Bucherareal. Die Finanzdirektion, Bereich Immobilien, hat versucht andere Lösungen zu finden bevor sie schlussendlich an die Baudirektion gelangte, um das vorliegende Projekt auszuarbeiten. Man musste in sehr kurzer Zeit einen geeigneten Standort zu finden. Das Projekt musste verschiedene Faktoren erfüllen. Das Gebäude muss in die bestehende Bausubstanz eingefügt werden, weil es im August 2021 betriebsbereit sein muss. Deshalb ist es heute wichtig zu wissen, ob der Kredit gesprochen wird. Es ist ein sportlicher Fahrplan, aber machbar. Man will nicht in die bestehenden Gebäude eingreifen. Das Thema Asbest wurde noch erwähnt. Die Gebäude haben möglicherweise gewisse Bauteile, die asbesthaltig sind. Dabei handelt es sich um gebundenen Asbest. Das ist erst dann gefährlich, wenn man zum Beispiel beim Bauen in den Asbest bohrt. Solange der Asbest unbeschädigt bleibt, ist es kein Problem. Man macht keinen Eingriff in das bestehende Gebäude. Sollte man beim Bauen aus welchen Gründen auch immer eine Fassadenplatte entfernen, wird dies mit der entsprechenden Vorsicht und Massnahmen gemacht. Man hat ein sehr spezielles Gebäude am Neuhofweg vorgesehen. Das Gebäude muss gebaut werden, wenn die Gebäude nebenan noch in Betrieb sind. Der Zugang ist auch nicht einfach. Das Gebäude wird vorfabriziert, sodass man es montieren kann. Dies auch im Hinblick, wenn man das Gebäude nicht mehr braucht oder das Areal anderweitig nutzen will. Dies kann als zirkulärer Hybrid weiterverwendet werden. So wird man auch bei anderen künftigen Bauten denken. Das Gebäude wird ein Providurium. Eine Containerlösung wäre sehr teuer. Beim Gebäudevolumen hat man versucht, dies so klein wie möglich zu machen. Es soll keine ineffizienten Leerräume geben. Es wäre möglich, eingeschossig zu bauen, aber man hätte keine Kosten einsparen können. Mit dem vorliegenden Vorschlag kann man etwas realisieren, das in unseren Breitengraden immer wieder gebraucht werden kann. Man hat sogar etwas eingebunden, das man ansonsten teuer hätte Rückbauen müssen und zwar den Brunnen. Der Brunnen wird geschlossen und kann von den Kindern zum Beispiel als Bühne benützen. Wenn die Baukosten umgerechnet werden, kommt man beim BKP 2 auf rund Fr. 550.--. Das ist für ein solches Gebäude nicht ausserordentlich viel. Man hat es auch nicht geschätzt, sondern mit einem Modulbauer ausgerechnet. Selbstverständlich wird man bei der Ausschreibung versuchen mit den Angeboten tiefer zu sein. Es wird auch geprüft, ob noch Optimierungen möglich sind. Es ist nicht das Ziel, dass es teurer werden soll. Es war ein unkonventioneller Weg, aber ansonsten hätte man es in der kurzen Zeit nicht realisieren können. Nun erfolgt zuerst das Ausschreibungsverfahren, das mit einem Beschaffungsspezialist angeschaut wurde damit es so umgesetzt werden kann. Im Anschluss muss das Baugesuch eingereicht werden. Das Risiko einer Einsprache gibt es grundsätzlich immer. Es wird ein Gebäude bewilligt, das keine Ausnahmegewilligung braucht. Das Gebäude hält relativ lange. Wenn man der Meinung ist, dass es sich um einen Luxuscontainer handelt, stimmt das nicht. Es handelt sich um einen Modulbau, der wiederverwendet werden kann. Der Zustand der Heizung des bestehenden Gebäudes lässt es nicht zu und ist auch nicht sinnvoll dies anzuhängen. Deshalb hat man sich für eine Einzellösung entschieden und zwar idealerweise die Warmwasseraufbereitung mit Solarzellen auf dem Dach und man wird eine Luftwärmepumpe installieren. Das kann relativ einfach umgesetzt werden und ist in diesem Sinn auch erneuerbare Energie. Der Anschluss an den Wärmeverbund wäre möglich, ist aber mit viel höheren Investitionskosten verbunden.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, ist gleicher Meinung, dass es sich im Gebäude um gebundenen Asbest handelt. Es ist deshalb keine direkte Gefahr. Es ist aber nicht richtig, dass im Gebäude nur teilweise Asbest vorhanden ist, sondern in der gesamten Fassade und im gesamten Dach. sowie in den meisten Innenwände. Wie kann man gewährleisten, dass in den nächsten 15 Jahren kein Schaden gemacht wird. Es kann sein, dass mit einem Ball, der an die Fassade geworfen wird, einen Schaden angerichtet wird oder wenn jemand etwas an die Fassade ritzt.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, teilt mit, dass der Asbest im bestehenden Gebäude vorkommt. Beim vorliegenden Projekt geht es nicht um dieses Gebäude, sondern um einen Erweiterungsbau nebenan. Um den Asbest bei den Bauteilen frei zu setzen, braucht es einen ziemlichen Eingriff. Es wurden bereits Messungen und Prüfungen durchgeführt, aber sie zeigten keine Probleme. Ansonsten hätte man das Gebäude schon längst geschlossen. Zum Asbest muss man gut schauen, aber dort kann man die Verantwortung übernehmen. Sonst müsste ein separates Geschäft für die Asbestsanierung aufgelegt werden.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass Gemeinderat Grimm Christoph der Meinung ist, dass man das Geschäft als Schnellschuss bezeichnet hat. Das stimmt so nicht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man in die Versuchung kommen kann das Geschäft als Schnellschuss zu bezeichnen. In den Unterlagen steht, dass im Bucherareal ein Doppelkindergarten geplant war damit die weniger geeigneten Standorte aufgelöst werden können. Diese Aussage bringt einem in die Versuchung das Geschäft so zu bezeichnen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der vorgesehenen Schulraumplanung, welche an der Infoveranstaltung im August zusammen mit der Gebäudesanierungsstrategie detailliert und mit Kostenangaben vorgestellt wird.
2. Er bewilligt für die Erweiterung Pavillon Neuhofweg 8 für einen Kindergarten einen Kredit von CHF 1'072'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5040.01 Hochbauten, Kostenstellen-Nr. 7010.5040.18 Kindergarten Pavillon Neuhofweg) und nimmt die damit anfallenden Zusatzkosten im Budget 2021 und in den kommenden Planjahren zur Kenntnis.
3. Er genehmigt die Entnahme aus der SF der jährlichen Abschreibungskosten über einen Zeitraum von 25 Jahren in der Höhe der effektiven Investition.
4. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
5. Mit dem Vollzug wird die Bildungsdirektion in Zusammenarbeit mit der Baudirektion – Bereich Hochbau beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 21 Ja und 18 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2020-332 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag EVP und Grüne betreffend überregionales Holzheizkraftwerk

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-333 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend "Burgdorf Ticket"

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-334 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Überparteilicher Auftrag BDP und GLP betreffend "Stopp dem automatischen Lohnanstieg!"

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-335 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion FDP/GLP/SVP-Fraktion betreffend "Einführung einer Finanzkommission"

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-336 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend Finanzkennzahlen im Budgetierungsprozess der Stadt Burgdorf

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-337 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation FDP-Fraktion betreffend Sprach- und Kulturaustausch während der Volksschulzeit (5.-9. Klasse) in Burgdorf

Verhandlung

Das Traktandum musste aufgrund der Verfügung des Regierungsrates verschoben werden.

SRB: 2020-338 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es wurden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag FDP-Fraktion betreffend die Öffentlichkeit der Stadtratssitzungen
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Ermöglichung des Gastrosommers in Burgdorf - Belebung der Gastobranche ohne zweite Coronawelle
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Velounterführung
- Auftrag SP-Fraktion betreffend Evaluation der Bewältigung der «ausserordentlichen Lage» durch die Volksschule Burgdorf
- Postulat SP-Fraktion betreffend Gestaltung eines Bänkliweges in Burgdorf

- Postulat Esther Liechti-Lanz und Tabea Bossard-Jenni (EVP) betreffend Foodwaste in Grünabfuhr
- Dringliche Interpellation FDP-Fraktion betreffend Corona-Auswirkungen in der Stadt Burgdorf (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation Grünen Burgdorf betreffend Mietzinserslass für Mieter von stadteigenen Gewerberäumen (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation SVP-Fraktion betreffend Corona-Krise (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Recycling oder Entsorgung
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend Fahrzeuge mit strombasierten alternativen Antrieben

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man den diesjährigen Stadtratsausflug organisiert. Es stellt sich jetzt jedoch die Frage, ob es angebracht ist, wenn der SR einen Ausflug macht, wenn in Burgdorf die Solätte abgesagt wurde. Die SVP-Fraktion möchte gerne vom Stadtratsbüro eine entsprechende Rückmeldung, ob man mit der Planung weiterfahren oder den Ausflug ins Jahr 2021 verschieben soll.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass das Stadtratsbüro so rasch als möglich über die Durchführung des diesjährigen Stadtratsausfluges entscheiden und die SVP-Fraktion entsprechend informieren wird.

Stadtrat Geiser Urs ist der Meinung, dass es angesichts des notleidenden Gastgewerbes sicherlich gut wäre, wenn der Stadtratsausflug durchgeführt wird, selbstverständlich nach den aktuell geltenden Massnahmen. Stadtrat Geiser Urs hat heute endlich wieder einmal ein Kaffee in einem Restaurant geniessen können. Vielen ist es ein grosses Anliegen, dass die Restaurants wieder öffnen, aber auch genug Ausdauer haben um die Durststrecke zu überstehen. Aus diesem Grund hat die SP-Fraktion eine Erklärung zur Unterstützung des Burgdorfer Gastgewerbes verfasst. Stadtrat Geiser Urs geht davon aus, dass alle den Text in der Zwischenzeit erhalten haben. Ansonsten kann die Erklärung bestellt werden.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass die Erklärung per Mail an die Fraktionssprecher verteilt wurde und zudem auf der online Sitzungsverwaltung bei den Unterlagen zur heutigen Sitzung aufgeschaltet ist.

Stadtrat Geiser Urs teilt mit, dass man von allen positive Rückmeldung erhalten hat und man hinter dem Anliegen steht. Es wurde zudem ein Auftrag der FDP-Fraktion zu diesem Thema eingereicht. Die Erklärung und der Auftrag ergänzen sich, weil man ein Zeichen gegen Innen und Aussen setzt. Der GR weiss, was im SR gewünscht und verlangt wird und kann hoffentlich in der Antwort zum Auftrag bereits mitteilen, was umgesetzt wurde.

Stadtrat Käsermann Fabian hat einen Punkt bezüglich der Stadtratssitzung im Juni. Momentan ändern sich die Situation von Woche zu Woche und damit auch die Interpretation von Seiten des Kantons. Es macht keinen Sinn einen Vorstoss einzureichen. Stadtrat Käsermann Fabian hat deshalb eine Forderung beziehungsweise einen Vorschlag. Das Stadtratsbüro soll mit der Unterstützung von Stadtschreiber Schenk Roman Ende Mai, anfangs Juni mit der zuständigen Stelle diskutieren. Das Ziel soll sein bezüglich Traktanden eine möglichst normale Sitzung durchzuführen. Es sollte einfacher sein, weil sich die Sachlage ändert, wie weitere Öffnungen oder eine normale Junisession des Grossrats. Falls die Dringlichkeit immer noch gefordert wird, gäbe es Argumente, dass es dringliche Geschäfte gibt, und auch Geschäfte, die einen Rückstau verursachen, weil bereits 1½ Sitzungen abgesagt wurden. Der Kanton definiert auch nicht was dringlich ist. So schaut er zuversichtlich auf die Junisitzung.

Stadtratspräsident von Arb Peter teilt mit, dass man die Lage immer wieder prüft und auch entsprechende Massnahmen ergreift. Es gilt aber die Vorschriften einzuhalten.


Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, informiert über die Demission von Burkhard Georg aus dem SR per heute. Er war während neun Jahren im Burgdorfer SR und hat während dieser Zeit die Burgdorfer Politik aktiv mitgestaltet, sich bei den Fraktionssitzungen eingebracht, immer Ruhe bewahrt und mitgearbeitet. Wenn nötig auch immer angepackt. Die SP-Fraktion ist sich einig, dass genau diese Ruhe und Kompetenz fehlen wird. Die SP-Fraktion wünscht ihm beruflich und privat alles Gute, und man weiss, dass es ihm nicht langweilig wird. Man hofft, dass er der SP noch ein bisschen erhalten bleibt.

Stadtrat Burkhard Georg dankt Stadträtin Bannwart Gabriela für das abschliessende Wort. Stadtrat Burkhard Georg hat sich vorgängig überlegt, ob er an der heutigen Sitzung noch was sagen soll oder nicht. In neun Jahren passiert viel. Vor 16 Jahren ist er nach Burgdorf gekommen. Er hat in Burgdorf niemanden gekannt und sich gefragt, ob er sich hier wohlfühlen wird. 16 Jahre später kann er sagen, dass er als Langenthaler und Fasnächtler in der Solätttestadt heimisch geworden ist. Er war vorwiegend in der Partei tätig und die letzten neun Jahre im SR. Der SR hat während dieser Zeit viele Geschäfte diskutiert, wie zum Beispiel Casino, Schloss, Kulturhalle und Markthalle. Einige Geschäfte sind zu seiner Freude über die Bühne gegangen. Das letzte Geschäft leider nicht. Nach der letzten Behandlung dieses Geschäftes im SR war er richtig hässig. Das ist nun vorbei. Zum Schluss ein Dank an alle für ihren Einsatz zugunsten der Stadt Burgdorf. Ein grosses Merci geht an Henzi Brigitte für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre zuverlässige Arbeit. Stadtrat Burkhard Georg würde heute die erste Runde übernehmen, aber das fällt leider ins Wasser. Er wird die Runde zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Stadtratspräsident von Arb Peter dankt Kocher Yara und Mordelet Nolan für ihren heutigen Einsatz mit dem Desinfektionsmittel. Es hat reibungslos geklappt. Der Vorsitzende teilt mit, dass auch seine Runde noch offen ist. Das wird nachgeholt, sobald es wieder möglich ist. Der Vorsitzende wünscht allen einen schönen Abend, eine gute Zeit und bleibt gesund.

Burgdorf, 5. Juni 2020

Namens des Stadtrates:


Peter von Arb
Stadtratspräsident


Brigitte Henzi
Protokollführerin